

GESELLSCHAFT

Zulässige Irrtümer?

Fast vier Monate war die Novelle des Gesetzes über Sozialversicherung ganz im Mittelpunkt des öffentlichen Geschehens. Am 30. Oktober war der Sitzungssaal im Parlament fast voller Mandatare. Man stimmte über eines der wichtigsten Gesetze ab. Die Atmosphäre war gespannt, die Koalition jedoch überzeugt, dass die Öffnung der zweiten Säule auf ein halbes Jahr für Ein- und Austritte, Abgabenerhöhung und die Verlängerung des Einzahlungszeitraums angenommen wird. Die Opposition wollte nicht tatenlos zusehen und stellte dies mit den Ergebnissen der Petition zur Verteidigung der Rentenreform unter Beweis. Das Parlament nahm sie jedoch nur zur Kenntnis ohne sich mit ihr näher zu befassen. Das Ignorieren der in drei Wochen gesammelten Meinungen von 150 tausend Bürgern. Das ist nicht wenig. Die Oppositionsabgeordnete und frühere Ministerin für Arbeit, Soziales und Familie Iveta Radičová (SDKÚ-DS) legte zwölf Änderungsvorschläge vor. Die Berichterstatterin Jana Valová aus der Smer-SD informiert über einen von ihnen, der die Möglichkeit eines freiwilligen Eintritts in die zweite Säule ausschließt. Parlamentsvorsitzender Pavol Paška gibt das Signal zur Abstimmung. Das Ergebnis: 130 Anwesende, davon 129 dafür. Die Gegenstimme gehört der Berichterstatterin Jana Valová, die knapp vor Abstimmung das vereinbarte Zeichen ihren Parteikollegen gibt, sie dagegen stimmt dagegen. Im Saal herrschen Verwirrung und Ermüchterung in vielen Gesichtern. Hat der menschliche Faktor versagt? Mangelnde Erfahrung? Falsch gedrehter Daumen? Also falsch gegebenes Zeichen zur Abstimmung? Und was nun. Jetzt ist der Staatspräsident an der Reihe, der die Novelle zurückweisen sollte, weil sie nichtig ist. Noch vor dem Absenden des Gesetzes an den Präsidenten muss dieses vom Parlamentsvorsitzenden unterzeichnet werden. Welchen Wortlaut er unterzeichnet weiß die Öffentlichkeit nicht, nur auf der Webseite des Nationalrates der SR erschien eine Version, die von den Mandataren nicht verabschiedet wurde. So ein Paradoxon hat das Abgeordnetenhaus noch nicht erlebt. Es gibt nur eine Erklärung, dass die Legislativabteilung des Parlaments seine Kompetenzen verletzte und das genehmigte Gesetz änderte. Somit zieht sich der Weg des Gesetzes über Sozialversicherung samt Irrtümern, von denen derjenige der sie verursachte sagt, sie seien akzeptabel, noch mehr in die Länge.

Erinnern wir an die Ziele der Novelle, es waren einige. Zum Beispiel die Festigung finanzieller Stabilität der ersten Säule. Die Abänderungen im Budget der Sozialversicherung, die der Regierung und schließlich auch der Öffentlichkeit vorgelegt wurden und zur besseren finanziellen Stabilität dienen sollten, waren nur kosmetische Änderungen, sogar irreführende Änderungen. Die höheren Einnahmen, die infolge der Aufhebung der maximalen Bemessungsgrundlagen geplant waren, werden doch nicht im gesamten Umfang erreicht. Berechnungen ergaben, dass die vorgeschlagene Änderung auch durchschnittlich Verdienende belangen würde – daher wurde der Entwurf geändert – die Bemessungsgrundlage wird vom dreifachen auf den vierfachen Betrag erhöht, ohne Änderung bei den Krankenstandsversicherungsabgaben. Der Autor der Novelle wollte auch die Lage der Sparer in der II. Säule behandeln, für die das Sparen sehr nachteilhaft ist. Er wollte ihnen ermöglichen aus diesem auszutreten und die Ersparnisse in bar abzuheben. Nach unangenehmen Feststellungen, wonach es sich um keine große Gruppe von Sparern handelt, änderte der Antragsteller den Entwurf und erweiterte den Kreis von Leuten, für die es nicht lohnt, in der zweiten Säule zu sparen. Und ein weiterer Entwurf bezüglich der Verlängerung der obligatorischen Einzahlungszeit von 10 auf 15 Jahren scheint nicht nur verfassungswidrig zu sein, er ist es auch. Das Verfassungsgericht entschied bereits mehrmals, dass rückwirkende Geltung also nachträgliche Eingriffe in vergangene rechtliche Beziehungen unzulässig seien.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

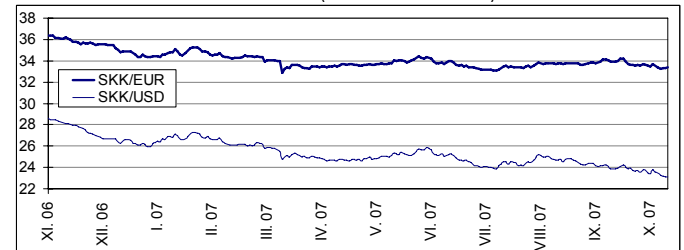
Zulässige Irrtümer?.....1
Premier fand neuen Feind.....2
Angriff des Premiers auf Handelsketten.....2
Smer schreckte seine Partner mit vorgezogenen Neuwahlen.....2
Regierung geht Kommunalreform vorsichtig an.....3
Ratifizierung (revidierter) Europäischer Sozialcharta.....3
Slowakei macht wieder durch Beneš-Dekrete von sich Hören.....3
Eurosozialisten halten Smer nach wie vor „weiter vom Leib“.....3
Es ist mit etwa 11,4 Mrd. Euro aus europäischen Ressourcen zu rechnen.....3

WIRTSCHAFT

Wachstum slowakischer Wirtschaft Zweitschnellstes in der EU.....3
Regierung verabschiedet scheinbar gutes Budget.....4
Inflation wieder angekurbelt – wegen Nahrungsmitteln.....4
Die Zeit außerordentlicher Resultate der Produktionsindizes ist vorbei.....4
Institutionalisierung des Exportförderungssystems erneut im Kurs.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (XI. 2006 – X. 2007)



Quelle: NBS

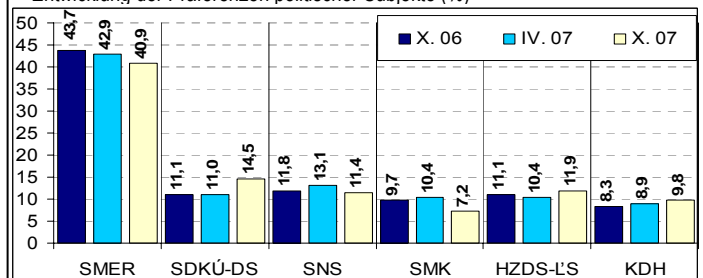
| | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007* | 2008* |
|-----------------------------|------|------|------|------|-------|-------|
| BIP-Wachstumstempo (% real) | 4,2 | 5,4 | 6,0 | 8,3 | 8,8* | 6,8* |
| Inflation (CPI) | 8,5 | 7,5 | 2,7 | 4,5 | 2,6* | 2,5* |
| Arbeitslosenrate*** (%) | 17,4 | 18,1 | 16,2 | 13,3 | 11,2* | 11,0 |
| Rating (Moody's) | A3 | A3 | A2 | A1 | A1 | A1* |
| SKK/USD | 36,8 | 32,3 | 31 | 30,6 | 25,1* | 24,9* |
| SKK/EUR | 41,5 | 40 | 38,6 | 37,5 | 35,5* | 35,2* |

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

GESELLSCHAFT

Premier fand neuen Feind

Die Nachricht über Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln verbreitete sich blitzschnell. Der Premier suchte nach Schuldigen und wie immer fand er sie auch, diesmal bei den Handelsketten. Damit das Werk vollkommen ist, bereitete das Wirtschaftsministerium ein Gesetzesentwurf über unangemessene Bedingungen in Handelsbeziehungen und über Änderung und Ergänzung einiger Gesetze. Was für ein Zufall.

Der Entwurf betrifft die Definition der Wirtschaftskraft, unangemessener Bedingungen und der Konkretisierung unangemessener Bedingungen in einer Handelsbeziehung, schlägt den Wirkungsbereich staatlicher Behörden und einen Kontrollmechanismus vor, legt fest, was ein Delikt laut dieses Gesetzes ist, schlägt die Höhe der Strafen für das Delikt vor und bestimmt die Vorgangsweise bei der Erteilung von Strafen.

Das Gesetz schränkt auch übliche Geschäftsusancen, Marketinginstrumente und die Zusammenarbeit bei der Verkaufsförderung erheblich ein. Es wird wahrscheinlich das Angebot sog. subventionierter Waren einschränken. Aus der Begründung geht hervor, dass das Gesetz vor allem gegen Hypermärkte, Supermärkte und Handelsketten ausgerichtet ist. Es bemüht sich, die Utopie der absoluten (auch erzwungenen) Gleichheit zu durchzusetzen. Es droht mit sinkendem Angebot, Preiserhöhungen, Anstieg ausländischen Angebots, wobei Druck auf niedrigere Preise eingestanden wird. Das Gesetz führt somit zum künstlichen Schutz heimischer Hersteller, die keine Möglichkeit eigenen Bestehens unter Konkurrenzbedingungen fanden.

Das Gesetz argumentiert damit, dass das jetzige geltende Gesetz über Handelsketten unzureichend erscheint, systemlos und diskriminierend, wobei es bemüht ist, sich auf eine Feststellung der EK zu stützen. Das alte Gesetz wird auch als wirkungslos und undurchführbar bezeichnet. („Dem Wirtschaftsministerium wurde in dieser Richtung kein Antrag von den Lieferanten gestellt und zwar aus Angst der Lieferanten vor einer sofortigen Beendigung der Vertragsbeziehung seitens des Handelskettenbetreibers, schlechtem Ruf bei den anderen Händlern und damit einer existenziellen Gefährdung ihrer Firma.“) Die Lieferanten wiesen darauf hin, dass viele Abnehmer ihrer Produkte, vor allem Handelskettenbetreiber, ihre Position auf dem Markt missbrauchten.

„Die Lieferanten von Lebensmitteln haben nicht den Mut, die Lage individuell durch Anträge bei Aufsichtsbehörden zu lösen.“ „Eine Schließung von Unternehmen hätte auch Auswirkungen auf den Staatshaushalt im Bereich Sozialpolitik, was auch nicht den Bemühungen der Regierung entspräche.“

Das Kartellamt trat gegen die Gesetznovelle über Wettbewerbschutz auf: „es wäre eine Gestaltung von Beziehungen über den Rahmen seiner Kompetenzen hinaus, zur Erfüllung seiner Aufgabe spüre es keinen Bedarf, das Gesetz zu novellieren“, gleichzeitig werden laut dieses Gesetzes „Handelsketten nicht für marktbeherrschend gehalten“. „Es bemerkte, dass in der ganzen EU bisher keine Handelskette als Organisation mit dominanter Position auf dem Markt eines EU-Mitgliedslandes bezeichnet wurde“. Obwohl eine Novelle des Handelsgesetzbuches die ideale Lösung wäre, hat man dies nicht angegangen, da diese „rechtliche Regelung in keiner kurzen Zeitspanne hätte umgesetzt werden können“. („Wird zwar nicht für die

beste Lösung gehalten, sondern für die einzig mögliche.“)

Smer schreckte seine Partner mit vorgezogenen Neuwahlen

Auf die Sitzung des Parlaments kam der bereits lang erwartete Entwurf der Novelle des Gesetzes über Krankenversicherungen, das darauf abzielt, Profit bei den Krankenkassen zu verbieten. Wir konnten Zeugen einer doppelten politischen Erpressung werden. Zuerst schreckten Vertreter der LS-HZDS seinen Koalitionspartner, die Partei Smer-SD mit ihrer angekündigten Ablehnung der strittigen Novelle. Der Vorsitzende von LS-HZDS Vladimir Mečiar konnte nach längerer Zeit wieder das Gefühl der Macht und das Gefühl, jemanden „in Schach zu halten“ auskosten. Diese gespannte Lage dauerte aber nicht lange. Vertreter der Partei Smer-SD erinnerten mit Befremdung auf ein mögliches Ende der jetzigen Regierungskoalition und mögliche Neuwahlen. Smer, der seiner Position stärkster Partei sicher ist, konnte auf die erpresserische Haltung seines Koalitionspartners mit Härte antworten.

LS-HZDS trug ihren Vorschlag vor, wonach die Krankenkassen den Gewinn behalten könnten, wenn sie ihre Verpflichtungen ordentlich und rechtzeitig zahlten und erstatteten und den Kunden erreichbare gesundheitliche Pflege gewährleisten.

Die Trümpfe von Smer-SD war schlussendlich stärker. Im Interesse des Koalitionsfriedens resignierte LS-HZDS auf ihren Vorschlag. Der Smer-SD Vorsitzende und Premier Robert Fico hat offensichtlich ein „Ass im Ärmel“, da er bisweilen sehr hohe Umfragewerte hat; Smer-SD ist im Vergleich zu den Koalitionspartnern eine erheblich stärkere Partei und kann sich eine Drohung durch vorzeitige Neuwahlen leisten.

Die Revolte Vladimír Mečiar's endete somit sehr schnell und die Abrechnung mit den Krankenversicherungen steht jetzt endgültig an. Der Entwurf des Gesundheitsressorts, wonach die Krankenversicherungen keinen Profit aus den Abgaben der Kunden bilden können, sondern alles für gesundheitliche Fürsorge aufwenden müssen, setzte sich durch. Die Opposition überlegt einen Gang zum Verfassungsgericht, die Krankenkassen erwägen ein Schiedsgerichtsverfahren.

Laut Premier und Vorsitzendem von Smer Robert Fico habe dieses Gesetz vor allem für Smer-SD eine „gewaltige programmgemäße strategische Bedeutung“. Vertreter privater Krankenversicherungen behaupten, die Koalition verstieß auch gegen die Regierungserklärung. Die Verabschiedung der Novelle bezeichneten sie als ruinös. Erneut tauchte die Besorgnis auf, es werde eine stufenweise Einführung einer einzigen Krankenkasse beabsichtigt.

Arbeitsministerium außer Atem?

Im Laufe des Oktober beantragte die Ministerin für Arbeit die Aufhebung mehrerer Aufgaben gesetzgebenden Charakters. Zuerst war es der Vorschlag zur Aufhebung des „Vorschlags zur Errichtung des Ministerausschusses für Kinder und Jugend“, mit dem Ziel der Koordinierung und des Aufbaus eines ganzheitlichen und effektiven

Systems wirksamen Schutzes von Rechten und Interessen von Kindern gemäß der Absprache über Rechte der Kinder im Jahr 2007. Gleichzeitig schlägt sie eine Erweiterung der Aufgabe vor – die Einarbeitung eines unabhängigen Mechanismus zur Überwachung der Implementation der Absprache über Rechte der Kinder im Sinne von Empfehlungen des UNO-Ausschusses für Kinderrechte – in den Entwurf eines landesweiten Aktionsplans für Kinder bis zum 31. Mai 2008.

Bereits 2005 erfolgte eine Analyse des Problems mit einem Lösungsvorschlag in zwei Alternativen, keine von ihnen wurde aber im Parlament verabschiedet. Das Problem wird grundlos hinausgeschoben. Die bestehenden Organisationen, deren Aufgabe die Überwachung und Schutz von Menschenrechten ist – das Slowakische nationale Zentrum für Menschenrechte und der Ombudsman sind aus fachlicher Sicht sehr gut tauglich. Aufgabe des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie ist die Vorbereitung eines Entwurfs zur rechtlichen Regelung (unter Berücksichtigung bestehender Organisationen), die dem internationalen Interesse entspräche. Es ist nutzlos, eine neue Organisation zu schaffen, sie würde mehr Undurchsichtigkeit bei Vorlage von Anträgen zur Lösung von Sachen oder dem Schutz von Rechten verursachen.

Es gibt auch weitere Aufgaben im Plan legislativer Vorhaben der Regierung für 2007, deren Aufhebung die Ministerin für Arbeit beantragte – den Gesetzesentwurf über Ausgleich sozialer Folgen einer schweren gesundheitlichen Behinderung und den Gesetzesentwurf über Sozialleistungen. Sie berücksichtigte weder die Tatsache, dass die vorige Regierung beide Gesetze vorbereitet hatte und diese wegen vorgezogener Neuwahlen nicht mehr ins Genehmigungsverfahren gelangt waren. Nichtregierungsorganisationen im Bereich Sozialleistungen riefen die Regierung auf, den Genehmigungsprozess nicht aufzuschieben, weil dies vor allem den Bürgern schade, die auf die Fürsorge und Hilfe anderer angewiesen seien. Ohne Reaktion. Und da sagt die Regierung, sie sei sozial eingestellt.

Angriff des Premiers auf Handelsketten

Nach den Rentenverwaltungsgesellschaften und privaten Krankenversicherungen attackierte Premier Robert Fico die Handelsketten. Der Premier erklärte, dass die Ketten ihre ökonomische Macht missbrauchen und die Preise mancher Grundnahrungsmittel künstlich erhöhen. Die stärkste Regierungspartei fand somit sofort den „Schuldigen“ für den Preisanstieg der Grundnahrungsmittel in der ersten Oktoberhälfte. Smer-SD nutzte somit die Situation, in der aus verschiedenen Gründen die Preise einiger Lebensmittel emporschnellten, um sich wieder als Beschützer der Bevölkerung gegen die „Unterdrücker“ zu stilisieren. Smer rief die Regierung auf, Maßnahmen gegen „unangemessene Teuerung“ zu ergreifen.

Das Kabinett bereitet eine Gesetzesänderung über Handelsketten. Laut des Premiers ist das geltende Gesetz über Handelsketten „zu weich“, weil es praktisch keine effizienten Maßnahmen gebe die die Ketten im Missbrauch ihrer wirtschaftlichen Macht beschränken würden.

Smer wolle aber nicht gegen die Ketten durch Einschränkung des freien Marktes kämpfen. Als

Kontradiktion zu dieser Initiative tauchte ein anderer seltsamer Vorschlag auf: Der Entwurf eines Gesetzes über unangemessene Bedingungen in Handelsbeziehungen, vorgelegt von Wirtschaftsminister Ľubomír Jahňáček, kann nämlich zur Verteuerung von Lebensmitteln führen. Das Gesetz sollte ab Februar 2008 gelten. Eine seiner Grundregeln ist die Akzeptanz der Herstellerpreise, was eine Steigerung von Preisen in den Handelsketten auf das Niveau kleiner Geschäfte bedeuten würde. Die Farmer und die Mehrzahl der Lebensmittelhersteller versprechen sich vom Gesetz vor allem „eine gleichmäßigere Aufteilung des Profits aus dem Lebensmittelverkauf“. Der Entwurf verbietet auch den Verkauf von Produkten oder Leistungen an Verbraucher zum Preis der niedriger ist als Produktionskosten oder der Einkaufspreis.

Das Schicksal dieser Initiativen ist zurzeit unklar, es entsteht aber eine schizophrene Situation: Die Regierung möchte wohl den heimischen Verbraucher und auch den heimischen Produzenten fördern (oder eher schützen). Und so ersinnt sie im Namen des Produzentenschutzes einen Entwurf, der dem Verbraucher schaden kann, den sie aber auch schützen möchte.

Regierung geht Kommunalreform vorsichtig an

Der Bevollmächtigte der Regierung (für Smer-SD nominiert) für die territoriale Selbstverwaltung hat einen Entwurf zur Ausarbeitung eines Kommunalreformkonzeptes ins Begutachtungsverfahren der Ressorts vorgelegt. Das es ein Entwurf ohne breitere Diskussion und sinnvollen Inhalt ist, gab auch der Bevollmächtigte selbst zu. Er wollte jedoch etwas vorlegen, um vielleicht auch sich selbst zu beweisen, Geld für Nichtstun zu nehmen. Wer weiß aber, wo die Wahrheit ist und was aus diesem einfältigen Material am Ende werden wird. Wir erinnern daran, was im Material unter dem Begriff Kommunalreform angeführt ist – unter dem Begriff Kommunalreform wird das Angehen folgender Bereiche verstanden:

1. Informatisierung territorialer Selbstverwaltung
2. Entfaltung menschlicher Ressourcen
3. Überwachung territorialer Selbstverwaltung
4. Zentren effektiver Ausübung von Kompetenzen und Agenden
5. Sozialrechtliche Absicherung gewählter Vertreter territorialer Selbstverwaltung

bei Kenntnis der Inhalte von Kommunalreformen in anderen EU-Ländern bleibt nur ein trauriges Gefühl. Zur Ausarbeitung eines Konzeptentwurfs und dessen Inhalt seien noch Analysen im Gesamtwert von 40 Mil. Sk notwendig. Und danach, also bis zum 30. Juni 2009 wird das Konzept (der Kommunalreform) zur Modernisierung territorialer Selbstverwaltung der Regierung vorgelegt. Gegenwärtig sieht es aber ganz anders aus. An irgendeiner systemhaften Maßnahme, die den Dezentralisierungsprozess weiterführen würde, hat die Regierung keinerlei Interesse. Die Schritte, die sie darüber hinaus tätigt, sind eine Flucht vor tatsächlichen Lösungen der Probleme territorialer Selbstverwaltung, und zwar:

- Verdoppelungen in Kompetenzen

- Bewertung und Änderung der Finanzierung
- Wahlsystem
- Zahl der Abgeordneten.

Ratifizierung (revidierter) Europäischer Sozialcharta

Es geht um eine multilaterale Absprache des Europarats. „Die Europäische Sozialcharta (in revidierter Fassung) wurde am 18. November 1999 unter Vorbehalt ihrer Ratifizierung unterzeichnet und die Regierung der Slowakischen Republik verpflichtete sich im Zusammenhang mit der revidierten Lissabonstrategie der Europäischen Union in ihrer Regierungserklärung, die Möglichkeiten der Ratifizierung der revidierten Europäischen Sozialcharta zu prüfen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie schlägt vor, die revidierte Sozialcharta nur im Umfang von Verpflichtungen, durch die die Slowakische Republik in der Europäischen Sozialcharta aus dem Jahr 1961 und dem Zusatzprotokoll Nr. 128 gebunden ist, zu ratifizieren“. Als Grund der teilweisen Ratifizierung führt es an: „es wäre nötig, eine Analyse rechtlicher, finanzieller und wirtschaftlicher Auswirkungen durchzuführen“. Wiederum machten vor allem Nichtregierungsorganisationen von sich hören und legten einen grundsätzlichen Einwand ein, in dem die Regierung daran erinnert wird, sie sei verpflichtet, eine volle soziale Integration von Personen mit gesundheitlicher Behinderung und deren Teilnahme an der Gesellschaft besonders durch Maßnahmen, inklusive technischer Hilfe, die Kommunikations- und Mobilitätsbarrieren zu überwinden suchen und die einen Zugang zu Verkehrsmitteln, Wohnen, kulturellem Geschehen und Unterhaltung ermöglichen, zu fördern. Es ist also eine Verpflichtung, eine barrierefreie Umgebung zu schaffen. Es ist unverständlich, dass sich die Regierung dazu in diesem Dokument nicht bekennt. In anderen Dokumenten tut sie das aber. Sie unterzeichnete doch auch das UNO-Abkommen über Rechte von Menschen mit gesundheitlicher Behinderung.

Slowakei macht wieder durch Beneš-Dekrete von sich Hören

Die Slowakei wurde wieder gegen ihren Willen zum Thema im Europäischen Parlament. Ursache ist die Erklärung über die Unantastbarkeit der Beneš-Dekrete, die vom slowakischen Parlament im September verabschiedet wurde. Außer der Fraktion der Eurosozialisten begann sich auch die stärkste Partei im Europarlament, die Gruppe der Europäischen Volksparteien und Europäischer Demokraten für dieses Thema zu interessieren. Es gibt Bestrebungen, eine Verurteilung der Deklaration im Europäischen Parlament zu erreichen.

Wir erinnern daran, dass die Dekrete des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Edvard Beneš die Erneuerung der Grenzen, die

Konfiszierung von Eigentum und Abschiebung angeblicher Nazikollaborateure, die Aberkennung der CSR-Staatsbürgerschaft bei Personen, die sich während der Besatzung zur ungarischen und deutschen Nationalität bekannten, enthielt.

Es überrascht daher nicht, dass deutsche Europaabgeordnete die Initiative bei der Kritik an der umstrittenen slowakischen Deklaration ergriffen haben. Deutschland hat ebenso Zwistigkeiten – besonders mit der Tschechischen Republik, wegen der Beneš-Dekrete. Deutsche Europaabgeordnete fanden bei den slowakischen Europamandataren für die SMK Unterstützung. Diese nehmen an, dass dieses Problem nicht mehr in der Slowakei gelöst werden kann und bemühen sich, andere Mittel zu nutzen, wie das Europäische Parlament oder den Europarat.

Eurosozialisten halten Smer nach wie vor „weiter vom Leib“

Wie zu erwarten war, hat die stärkste slowakische politische Partei Smer die abweisende Haltung der Eurosozialisten in Sachen Mitgliedschaft von Smer in der Partei europäischer Sozialisten nicht überwunden. Smer brauche angeblich mehr Zeit zur Auseinandersetzung mit dem Nationalismus in der Regierungskoalition. In diese Lage gelang Smer infolge dreier Probleme: Es begann mit dem Bündnis mit der nationalistischen Slowakischen nationalen Partei in der Regierungskoalition, ging weiter mit Angriffen auf Medien und gipfelte in der Verschärfung der Beziehungen mit der Ungarischen Republik. Eine der Empfehlungen europäischer Sozialisten zur Entspannung sind informelle Treffen des slowakischen Premiers und Smer-Vorsitzenden Robert Fico mit dem ungarischen Regierungschef Ferenc Gyurcsány (der ebenso Vorsitzende der sozialistischen Partei ist).

Es ist mit etwa 11,4 Mld. Euro aus europäischen Ressourcen zu rechnen

Das Ende dieses Jahres wird durch die Genehmigung der Operationsprogramme zur Schöpfung von Mitteln aus europäischen Fonds zugunsten der Slowakei für die Programmierungsperiode 2007-2013 gekennzeichnet sein. Von den insgesamt elf Programmen sind jetzt bereits vier verabschiedet: Informatisierung der Gesellschaft, Verkehr, Regionales Operationsprogramm und Technische Hilfe. Der gesamte Wert des bereits genehmigten Programms beträgt 5,7 Mld. Euro. Nach Verabschiedung der verbleibenden Programme wird die Slowakei binnen sieben Jahren Gelder in Höhe von 11,7 Mld. Euro aufwenden können, sechsmal soviel wie in der verkürzten Programmierungsperiode 2004 bis 2006. Den höchsten Beitrag, 3,2 Mld. Euro hat das Operationsprogramm Verkehr zur Verfügung. Seine Umsetzung sollte zur verbesserten Erreichbarkeit des Landes, einzelner Regionen und ihrer gegenseitigen Verbindung beitragen. Der Direktor der Generaldirektion für Regionalpolitik der EK José Palma Andrés würdigte die immer besser werdende Vorbereitung der Slowakei auf die Schöpfung von Ressourcen.

WIRTSCHAFT

Wachstum slowakischer Wirtschaft
Zweitschnellstes in der EU
Wir berichteten bereits vom erheblich starken realen BIP-Wachstum der Slowakei im zweiten Quartal

(zwischenjährig um 9,4%). Die Werte sind mit jenen der älteren EU-Mitglieder nicht zu vergleichen, beim Vergleich mit den baltischen neuen EU-Mitgliedern ist es aber eher eine

„normale“ Zahl. Da bereits Angaben für die gesamte EU verfügbar sind, ist festzustellen, dass nur Lettland (11,0%) ein höheres Wachstumstempo als die

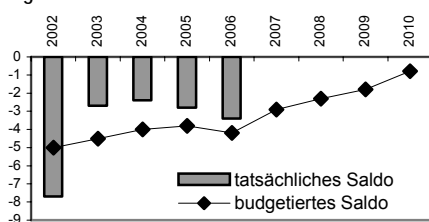
Slowakei erreichte. Auf Platz drei hinter der Slowakei liegt Estland (7,7%).

Regierung verabschiedet scheinbar gutes Budget
Ohne größere Sorgen verabschiedete die Regierung den Entwurf des Staatshaushaltes fürs Jahr 2008. Obwohl der Entwurf noch im Parlament verabschiedet wird, werden keine dramatische Änderungen mehr erwartet. Der Haushalt ist dabei folgendermaßen zu bewerten.

- Sieger der Budgetschlacht sind wohl die Bauern. Die Chefs der Koalitionsparteien kamen überein, dass die Zahlungen für die Farmer 80% des Niveaus alter EU-Mitgliedstaaten betragen werden. Von den etwa 12,5 Milliarden Kronen, die die Regierung zusätzlich aufteilen kann, erhielten die Farmer bislang den größten Betrag – 3,8 Mld. Sk.
- Zur Hälfte wird wohl auch die Forderung des Gesundheitsministers, den Abgabensatz der Staatsversicherten zu erhöhen, erfüllt werden. Der bisherige Satz der vom Staat (für die festgelegte Gruppe von Personen) gezahlten Abgaben betrug 4% des Durchschnittslohnes. Der Gesundheitsminister verlangte 5%, die Regierung beschloss 4,5%. Im Staatshaushalt bedeutet das einen Betrag von 3,4 Mld. Sk. Damit wird aber das Kabinett auch weiterhin nicht sein Programm erfüllen, in dem ein Satz von 5% steht.
- Das Defizit wird den Stabilitäts- und Wachstumspakt respektieren und soll um einen halben Prozentpunkt gegenüber 2007 sinken. Ins Parlament kommt ein Entwurf mit einem Defizit öffentlicher Finanzen von 2,3% des BIP. Die Regierung würde somit die Bedingung für die Übernahme des Euro erfüllen. Positives Merkmal des vorgeschlagenen Budgets (vielleicht das einzig Wesentliche) ist, dass die Regierung vom Plan der Euroeinführung im Jahr 2009 nicht abwich und ein Haushalt bereitstellte, welcher den gestellten Kriterien entspricht.
- Bei einem rekordmäßig starken Wirtschaftswachstum sollte das Defizit noch geringer oder ganz ohne Saldo sein. Die Regierung konnte eine Reserve für den Fall einer erheblicheren Wachstumsverlangsamung bilden.
- Das Budget entspricht nicht den Versprechungen der Regierungsparteien. Es fehlt die Unterstützung des Übergangs zur Kenntniswirtschaft, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen oder die Verringerung regionaler Unterschiede.

Ein verbrauchsorientiertes Budget: Vor Investitionen in die Zukunft der Wirtschaft, besonders der Entfaltung der Bildung und Infrastruktur bevorzugte sie einige Ausgaben in den Verbrauch: Subventionen in die Landwirtschaft, Anstieg der Ressourcen zur Schuldendeckung im Gesundheitswesen ohne grundsätzliche Reform, die das System gesunden würde.

Diagramm 1: Saldo öffentlicher Finanzen in % vom BIP



Quelle: Finanzministerium der SR, ab 2008 Vorhersage

Inflation wieder angekurbelt – wegen Nahrungsmitteln

Im September beschleunigte sich die zwischenjährige Inflation auf 2,8%, was eine Reihe besorgter Kommentare wegen der Erfüllung oder Nichterfüllung des Inflationkriteriums für die Euroeinführung zur Folge hatte. Im Juli und August sank die zwischenjährige Inflation auf 2,3%, daher scheint ein Anstieg auf 2,8% im September als spürbare Änderung zu sein.

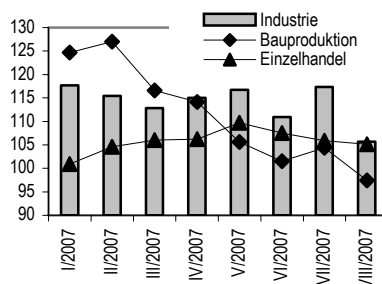
Die Beschleunigung des Preisspiegelwachstums im September wurde aber zumindest zum Teil erwartet und das aus zwei Gründen:

- Erstens wegen der niedrigen statistischen Basis aus dem Vorjahr, als die Treibstoffpreise sanken
- Zweitens wegen des angekündigten Lebensmittelpreisanstiegs. Das Ausmaß dieses Effektes war aber schwer abzuschätzen. Man wusste, dass es diesen Faktor geben wird, aber nicht in welchem Umfang.
- Besonders die Getreidepreise widerspiegeln infolge der schlechten Ernte ein höheres Preisniveau in ganz Europa. Der Septemberanstieg von Preisen ist aber eher als Ausnahme zu werten. In den kommenden Monaten sollte er sich etwas beruhigen. Auch Ungarn wies im September ein erhebliches Preiswachstum bei Lebensmittel aus, in den nächsten Monaten wird Ähnliches in der Tschechischen Republik erwartet. Es geht um eine globale Erscheinung und mit dem Trend zum Preisanstieg bei Nahrungsmitteln ist auch in kommenden Monaten zu rechnen.
- Der nachfragebasierte Inflationsdruck ist weiterhin gedämpft. Zum Zeitpunkt der Bewertung der Bereitschaft zur Euroeinführung, also im Frühling des kommenden Jahres wird ein Wert des harmonisierten Verbraucherpreisindex von 1,7% erwartet, was fast ein Prozentpunkt weniger als das Maastrichter Limit sein sollte.

Die Zeit außerordentlicher Resultate der Produktionsindizes ist vorbei

In den ersten acht Monaten des Jahres 2007 wurden hohe Produktionsindizeswerte erreicht, seit August sinkt jedoch die Dynamik zwischenjährigen Wachstums ab.

Der Index der Industrieproduktion erreichte binnen acht Monaten einen Wert von 113,9 mit dem Maximum von 117,7 im Januar. Der Rückgang im August wirkt dann wie eine Diagramm 2: Produktionsindizes (gleicher Monat vorigen Jahres = 100)



Quelle: Statistisches Amt der SR

dramatische Änderung. Jedenfalls muss man sich auf die kleineren Zahlen der Produktionsdynamik gewöhnen, sie sind logisch: Seit dem dritten Quartal erhöht sich die vorjährige Vergleichsbasis, die zwischenjährigen Änderungen müssen geringer sein. Das ist sehr gut an der Produktion von Verkehrsmitteln zu sehen. Bis August überschritten die zwischenjährigen Indizes auch den Wert 200, mit August werden diese Werte wenig interessant: Im Herbst 2006 lief nämlich die Produktion neuer Automobilwerke an und die zwischenjährige Änderung wird somit wesentlich geringer als in den Vormonaten ausfallen.

Eine ähnliche Erscheinung ist beim Bauproduktionsindex zu beobachten. Sein Durchschnittswert von 111,4 kontrastiert krass mit dem Augustwert von 97,4. Die Basis vom August 2006 ist besonders hoch – damals betrug der zwischenjährige Index 121,1.

Die Einnahmen im Einzelhandel haben eine geringere aber gleichmäßigere Dynamik. Innerhalb von acht Monaten erreichte der Einnahmenindex im Einzelhandel 105,7 mit Extremen im Januar und Mai. Die Verringerung der zwischenjährigen Produktionsdynamik von den besonders hohen auf „normale“ Zahlen sollte sich in den kommenden Quartalen auch im mäßigen Rückgang des BIP-Wachstumstempos zeigen. Die Rückkehr aus den normalen zu besonderen Zahlen bedarf einer Wiederholung außerordentlicher Phänomene, wie der Start neuer besonders großer Investitionen.

Institutionalisierung des Exportförderungssystems erneut im Kurs

Das Finanzministerium knüpfte auf das Material Exportorientierte Politik der SR für 2007-2013 an und schlägt Änderungen in Institutionen vor, wo Verbesserungsbedarf ihres Funktionierens und eine Erweiterung ihrer Tätigkeit indiziert wurden – SARIO, EXIM Bank und die Slowakische Garantie- und Entwicklungsbank. Es wird die Schaffung zweier unabhängiger zweckorientierter Organisationen aus den bestehenden Sektionen der SARIO vorgeschlagen: SARIO-TRADE aus der Sektion für Außenhandel und SARIO-INVEST aus der Sektion für direkte Auslandsinvestitionen. Der Grund: Es kam angeblich zur Polarisierung beider Aktivitäten, wobei die Exportförderung am Rande blieb. Infolge der Umstrukturierung der SARIO wird die ursprüngliche Mitarbeiteranzahl um 12 Personen reduziert. Eine Weile werden wir wohl auch auf die Genehmigung des Entwurfs zur Stärkung der Ressourcen der EXIMBANKA der SR warten (durch Aufstockung des Grundvermögens aus staatlichen Aktiva), ebenso wie auf das Gesetzgebungsvorhaben bezüglich der Novellierung des Gesetzes über die Export-Importbank der Slowakischen Republik.

Im Fall eines Ausgleichs von Zinsunterschieden aus dem Staatshaushalt wird eine Auswirkung auf das Budget öffentlicher Verwaltung frühestens 2009 und danach erwartet, und zwar im Volumen von ca. 30 Mil. jährlich, die im Rahmen des Kapitels des FM gedeckt werden soll.

Die Stärkung der Ressourcen der Slowakischen Garantie- und Entwicklungsbank durch Aufstockung ihres Grundvermögens durch Emission neuer Aktien der Bank und ihrer Abzahlung durch staatliche finanzielle Aktiva (2007 um 1,2 Mld. Sk und 2011 um 1,0 Mld. Sk) ist durch eine Deckung aus dem Budget nicht vorgesehen.